

Zahlen und Fakten des Jahres 2023 aus dem Dezernat 3

Beigeordneter Markus Schlosser

(Auszug aus dem Organigramm der Stadtverwaltung)

3	Beigeordneter						
23	Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	32	Ordnungsamt	40	Amt für Schulen, Kultur und Sport	50	Sozialamt
	321	Verkehrsangelegenheiten (u.a. Führerscheininstellung, Kfz-Zulassung)	402	Schulen und Sport	501	Sozialhilfe, Grundsicherung, Asylbewerber	
	322	Gewerbe und Gaststätten			502	ASD, Beiräte, Wohngeld, Zentrale Dienste, Rentenstelle	
	323	Standesamt und Einwohnermeldeamt					
	324	Kommunaler Vollzugsdienst, Verkehrsüberwachung, allgemeine Ordnungsangelegenheiten					

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND LIEGENSCHAFTEN

Wirtschaftsförderung:

Mit den privaten Initiativen und Veranstaltern, ob „Wir sind Kreuznach“, „Meine Stadt“ und auch „Weinland-Nahe“ gab es gemeinsame Aktionen von „Feierabendmarkt“ bis „Weihnachtsbaum-Opening“, aber auch Verbrauchermessen zur E-Mobilität.

Alles Aktionen, um Besuchern und Kunden der Innenstadt ein gutes Angebot aus einem Mix aus Einkaufsvergnügen bei unseren Einzelhändlern und der Gastronomie zu schaffen. Hier konnten auch Zuschüsse aus dem Förderprogramm des Landes „Innenstadtimpulse“ abgerufen werden.

Die Gewerbegrundstücke der Stadt wurden, bis auf eine Teilfläche von rd. 15.000 m², in den letzten Jahren an erfolgreiche Unternehmen verkauft. Allerdings wurden aufgrund der Corona-Krise und durch den Ukraine-Krieg bereits projektierte Vorhaben in die Zukunft verschoben. Hier werden dann in den Folgejahren Betriebe ihre Grundstücke bebauen und Arbeitsplätze schaffen.

Im „Netzwerk“, zusammen mit den Kammern IHK und HWK und der Agentur für Arbeit wird gerade bei der Fachkräftegewinnung vieles gemeinschaftlich „auf den Weg“ gebracht. Bei Ausbildungsmessen haben Firmen und zukünftige Auszubildende Gelegenheit des Kennenlernens. Bei dem Format „Nacht der Ausbildung“ erhalten interessierte Jugendliche einen ersten Einblick in den Betrieb. Der erste Kontakt führt hier nach wie vor zu Ausbildungsverträgen.

Der Breitbandausbau gestaltet sich äußerst schwierig. Der sogenannte „eigenwirtschaftliche Ausbau“, der vor einem „geförderten Ausbau“ zum Zuge kommen muss, hat den Vorteil, dass die Stadt keinen Eigenanteil für den Ausbau tragen muss.

Die Umsetzung einer Vielzahl von Aufträgen führt aber bei den Unternehmen zu Problemen bei der Bauausführung. Hier ist dann ein erhöhter Überwachungsaufwand der Kabelverlegearbeiten erforderlich. Auch hier ist die Wirtschaftsförderung zusammen mit dem Stadtbauamt im engen Austausch, sodass die Maßnahmen dennoch zügig umgesetzt werden können.

Der regelmäßige diskrete Austausch mit Immobilieneigentümern, gerade auch von größeren Gewerbeimmobilien, soll potentiell entstehendem „Leerstand“ entgegenwirken. Hier sind die Möglichkeiten einer städtischen Wirtschaftsförderung

zwar begrenzt, aber dennoch von Bedeutung. Die Eigentümer und Unternehmen sollen sich der Unterstützung der Stadt sicher sein.

Auch die Pflege der Kontakte zu den Betrieben in der Stadt, auch im Rahmen von Einzelhandelsfachgesprächen und Immobilienfachgesprächen, sind wichtige Netzwerkarbeit der städtischen Wirtschaftsförderung.

Liegenschaften:

Im Bereich Liegenschaften/Forst konnte zusammen mit dem „Mountainbike Verein Bad Kreuznach“ eine „Flowtrailstrecke“ in Betrieb genommen werden.

Diese an einer Stelle „gebündelten“ Strecken werden sehr gut von der heimischen Mountainbike-Community angenommen. In Verbindung mit unserem regionalen Radwegenetz, könnte sich daraus auch ein gutes, touristisches Angebot ergeben. Besonders in Verbindung mit Campingplätzen. Hier besteht ein weiterer Bedarf, der auch schon durch niederschwellige Angebote befriedigt werden kann.

Beim Stadt-Forst war uns auch die Teilnahme am Förderprogrammen für klimaangepassten Wald wichtig. Hier wollen wir weiter unseren Forst „klimaresistenter“ auf- und ausbauen.

Ansonsten ist gerade das „Grundstücksgeschäft“ ein besonders sensibler Bereich, der im Rahmen von nichtöffentlichen Sitzungen des Grundstücksausschusses bearbeitet wird.

Und gerade deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, hier ausschließlich die Interessen der Stadt zu vertreten.

ORDNUNGSAMT

Abteilung Straßenverkehr und Kfz-Zulassung

Die Zahl der Kfz-Zulassungen und Ummeldungen liegen seit dem Einbruch der Zahlen wegen der Corona-Pandemie weit unter den Zahlen aus dem Jahr 2019 von damals rd. 44.000 Vorgängen. In 2020 lag sie bei rd. 41.600, 2021 bei rd. 37.000, 2022 bei rd. 39.000 und im Jahr 2023 auch bei rd. 39.000 An- und Ummeldungen.

Erträge aus Verwaltungsgebühren:

2017 = 495.000 €, 2018 = 509.000 €, 2019 = 529.000 €, 2020 = 478.000 €,
2021 = 440.000 €, 2022 = 444.000 €, 2023 = 443.000 €

In Zusammenarbeit mit der Verkehrsplanung des Stadtbauamtes erfolgte im Jahr 2023 eine umfangreiches Beteiligungsverfahren mit Anwohnern der Hofgartenstraße, mit Vertretern der Grundschule und der Polizei, um dem Problem mit den sogenannten „Elterntaxis“ an den zwei Standorten der „Grundschule Hofgartenstraße“ zu begegnen.

Letztendlich wurde im 1. Quartal 2024 im Ausschuss für Stadtplanung, Bauwesen, Umwelt und Verkehr die Variante beschlossen, die in den Sommerferien 2024 umgesetzt werden soll. Die Beschilderung sieht ein Einfahrtverbot vor, das zu den Schulanfangs- und -endzeiten gilt.

Abteilung Gewerbe und Gaststätten:

Die Sondernutzungsgebühren (Vergabe öffentlicher Flächen, z.B. Kornmarkt und Fußgängerzone, für Außenbestuhlung Gastronomie, Aufstellen von Warenauslagen oder Werbemaßnahmen) werden ab 01.08.2022 wieder in voller Höhe erhoben.

Die Gebühreneinnahmen im Jahre 2023 haben das Gebührenvolumen aus der „Vor-Corona-Zeit“ übertroffen.

2019 = 139.000 €, 2020 = 22.000 €, 2021 = 14.800 €, 2022 = 63.000 €,
2023 = 145.000 €

Die Zahl der Gewerbemeldungen lag im Jahr 2023 bei 1.255 und somit nur unwesentlich höher als im Jahr 2022.

Die Bußgeldstelle im Bereich Gewerbe und Gaststätten konnten im Jahr 2023 rund 150 Verstöße ahnden.

Bei den Kontrollen im Bereich „Gaststätten und Gewerbe“ im Jahr 2023, lag ein Focus im Bereich der Spielhallen und Gaststätten hinsichtlich des Betriebes von Glückspielgeräten.

Auch Überprüfungen bezüglich Einhaltung der Handwerksordnung wurden durchgeführt. Hier ging es in der Hauptsache um die Feststellung, ob in den sogenannten „Barbershops“ die Handwerksordnung hinsichtlich Personal mit „Meisterbrief des Friseurhandwerks“ eingehalten wurde.

Abteilung Standesamt und Einwohnermeldeamt:

Bereich Standesamt:

	2020	2021	2022	2023
Eheschließungen	264	215	243	241
Geburten	2.009	2.109	2.128	1.854
Sterbefälle	1.226	1.308	1.356	1.313
Fallanzahl	3.499	3.632	3.727	3.408

Der hohe Anteil an ausländischen Mitbürgern führt bei der Beurkundung von Eheschließungen und Geburten regelmäßig zu neuen und immer größeren Problemstellungen, welche insbesondere unter Beachtung des ausländischen internationalen Privatrechts und aktueller Rechtsprechung zu lösen sind.

Folglich gehören auch Sprachbarrieren zum Alltag. Die Beurkundung von familienrechtlichen Erklärungen wird in solchen Fällen nur unter Hinzuziehung öffentlich vereidigter Dolmetscher vorgenommen.

Bereich Einwohnermeldewesen (EMA):

Beim Standesamt und Einwohnermeldeamt werden regelmäßig ausländische Ausweisdokumente vorgelegt. In letzter Zeit, leider gehäuft gefälschte Dokumente, so dass in Zweifelsfällen die Ausländerbehörde und auch die Polizeiinspektion kontaktiert und vorstellig werden mussten. Auch dies bindet in hohem Maße Personal.

Des Weiteren muss weiter an der Ausweitung des Online-Angebotes gearbeitet werden.

Hier sind wir als EMA abhängig von den zentralen Regelungen zum Online-Zugangsgesetz in der Stadtverwaltung. Es ist Teil einer Gesamtstrategie der Organisationsabteilung in der Stadtverwaltung.

Kommunaler Vollzugsdienst (KVD):

Auch im Jahr 2023 wurden regelmäßige „Fußstreifen“ in ziviler Kleidung, also für den Bürger / Betroffenen zunächst nicht erkennbar, durchgeführt. Das hatte im Vorjahr zu einem spürbaren Rückgang der Fahrrad- und E-Scooter-Fahrer, insbesondere in der Fußgängerzone geführt.

Im Jahr 2023 ist die Anzahl der Verstöße gegenüber dem Vorjahr wieder angestiegen, obwohl hier regelmäßig kontrolliert wird. Es wurden auch vermehrt E-Scooter wegen fehlendem Versicherungsschutz eingezogen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Aufnehmen von Verstößen gegen das Abfallrecht, die wir als widerrechtlichen Abfallablagerungen an vielen Stellen in der Stadt, der zuständigen unteren Abfallbehörde der Kreisverwaltung melden.

Die Folge der aus unserer Sicht nicht ausreichenden Hausmüllgefäße, sind die verstärkt auftretenden Mengen an widerrechtlich abgelagertem Rest- und Biomüll, teilweise direkt neben den zur Abholung bereitgestellten Abfallgefäßen. Hier erfolgen regelmäßig Mitteilungen an den für die geordnete Abfallentsorgung zuständigen Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises.

Ebenso erfolgten auch im Jahr 2023 Überprüfungen von Shisha-Bars und Kiosken. Hierbei konnten erhebliche Verstöße gegen das Steuerrecht (wurden zuständigkeitsshalber an den ZOLL abgegeben) aber auch gegen das Jugendschutzgesetz festgestellt werden.

SCHULE UND SPORT:

Grundschulen:

Geplante neue Grundschule „Bösgrunder Weg / Kohleweg“:

Im Laufe des Berichtsjahres konnte die Zügigkeit der zukünftigen Grundschule geklärt werden. Es muss jetzt im Jahr 2024 zur Beauftragung der Planungs- und Architektenleistung kommen.

Geplant ist dann die Ausschreibung der Architektenleistung für eine 2-zügige Grundschule mit der Option auf Erweiterung um einen weiteren Zug, auf eine dann 3-zügige Grundschule.

Die neue Grundschule wird eine Schule mit Ganztagsangebot sein und ist damit auch mit einer Mensa ausgestattet. Die neue Grundschule soll zudem eine sogenannte „Schwerpunktschule“ sein, in der Inklusion gelebter Schulalltag sein soll. Es soll eine Schule mit „offenen Lernlandschaften“ werden.

Sport:

Sanierungsfälle Laufbahnen im Salinental und im Moebus-Stadion

Leider musste die Sanierungs-Planung für die Bahn im „Salinental“, in der „Light-Variante“ (aufbringen einer neuen Kunststoffbeschichtung auf die „alte Bahn“) aufgegeben werden. Hierfür waren für das Haushaltsjahr 2024 Mittel von 500 T€ eingestellt.

Die weitergehenden Bodenuntersuchungen ergaben allerdings eine nicht vorliegende Standsicherheit der Bahn im Salinental. Somit muss es zu einer kompletten Sanierung, heißt Ausbau der alten Bahn und Einbau einer komplett neuen Bahn, kommen. Dies löst Kosten von rd. 1,4 Mio. € aus.

Für die 6 Bahnen umfassende Wettkampfbahn im Moebus-Stadion wird mit einem Sanierungsaufwand von rd. 1,7 Mio. € gerechnet. Auch hier ist der Unterbau schadhaft.

Der Stadtrat hat sich auf Empfehlung des Sportausschusses, zunächst für die Sanierung der wesentlich beschädigteren Bahn im Salinental ausgesprochen.

Es bleibt jetzt den Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 vorbehalten, hier einen entsprechenden Haushaltsansatz für die Sanierungskosten zu bilden. Die zu erwartenden Zuschüsse des Landes für die Laufbahn im Salinental liegen leider nur bei ca. 100.000 €.

Freibad Bosenheim

Nachdem die BAD GmbH den Betrieb des Bades eingestellt hat, wurde es als „Maßnahme“ im Teilhaushalt III des Dezernates III in den Haushalt aufgenommen.

In der Investitionsübersicht wurde im Haushaltsjahr 2024 50.000 € für Planungskosten veranschlagt und im Finanzplanungsjahr 2025 2,5 Mio. € als „mögliche Kosten Sanierung“.

Es bleibt wohl dem Ausgang eines Verwaltungsrechtsstreites vorbehalten, ob der Vertrag, der zum Zeitpunkt der Eingemeindung mit der damals eigenständigen Ortsgemeinde Bosenheim geschlossen wurde, hier noch immer einen Anspruch auf Erhalt und Betrieb des Schwimmbades vorsieht.

SOZIALAMT:

Sozialhilfe am 31.12.2023

Hilfe zum Lebensunterhalt (z.B. für Kinder, vorübergehend voll Erwerbsgeminderte, Zeitrentner, Heimbewohner ohne Pflegegrad)

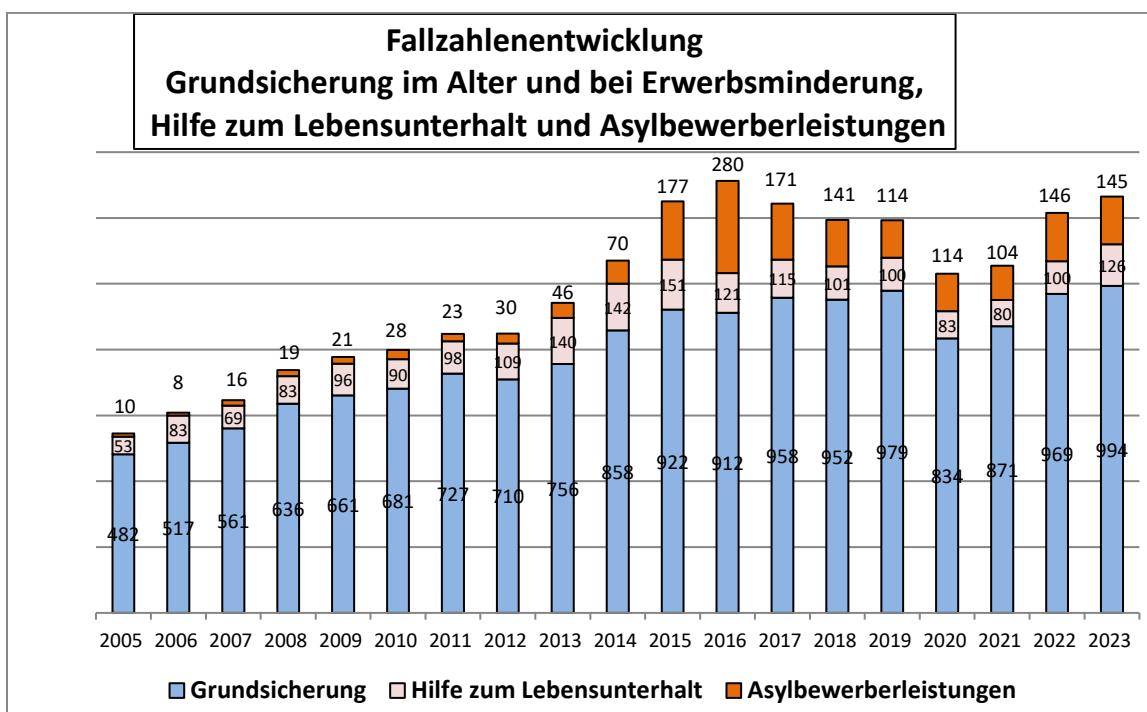
Fälle	126
davon Neufälle	38
Personen innerhalb von Einrichtungen	1
Personen außerhalb von Einrichtungen	127

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (für dauerhaft voll Erwerbsgeminderte oder Personen im Renteneintrittsalter)

Fälle	994
davon Neufälle	109
Personen: Erwerbsgeminderte unter Renteneintrittsalter	225
Personen ab Renteneintrittsalter	750

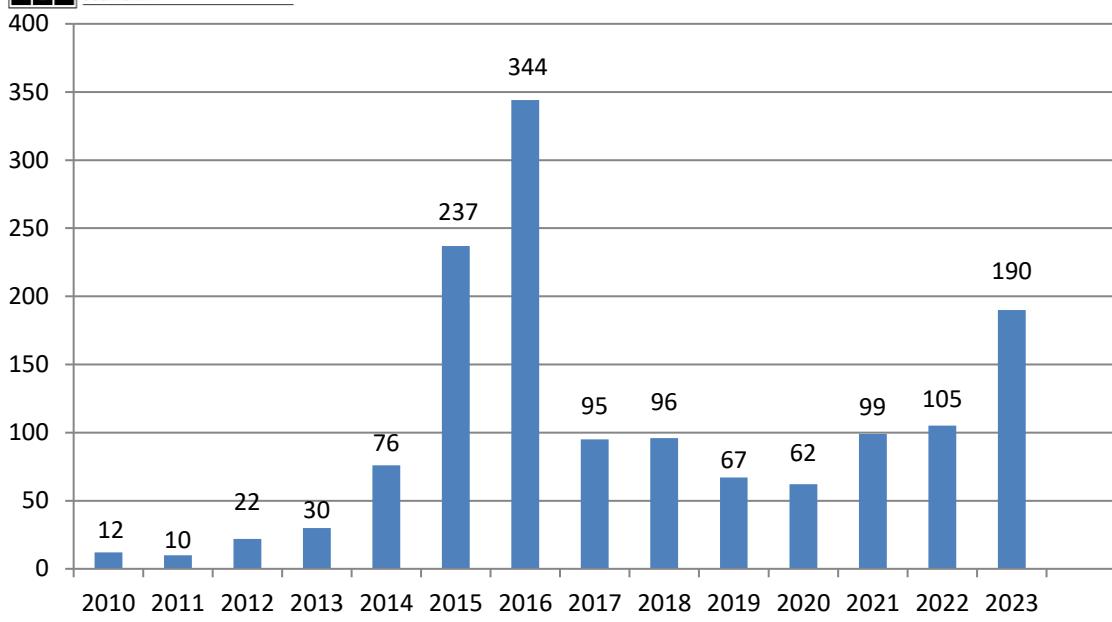
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (ohne Ukraine-Flüchtlinge)

Fälle	145
davon Neufälle	102
Personen	193





Zahl der Zuweisungen von Flüchtlingen



Die Suche nach Wohnungen für Flüchtlinge wird zunehmend schwieriger.

Die Fallzahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt und werden voraussichtlich auf hohem Niveau bleiben.

Ukraine-Flüchtlinge

Der ungesteuerte Zustrom hat gegenüber dem Vorjahr deutlich nachgelassen. Die überwiegende Anzahl der Flüchtlinge die jetzt noch ankommen, sind im Leistungsbereich SGB II beim Jobcenter.

Ca. 70 Fälle sind in den Leistungsbezug der Sozialhilfe nach dem SGB XII gewechselt und beim Sozialamt verblieben.

Wohngeld

Das ausgezahlte Wohngeld hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.

Summe des im Jahr 2023 ausgezahlten Wohngeldes: 4.826.000 €

(2022: 2.050.000 €, 2021: 1.595.000 €, 2020: 1.591.000 €, 2019: 994.000 €, 2018: 1.121.000 €, 2017: 1.223.000 €).

Im Durchschnitt der letzten Jahre haben etwa 550 – 650 Haushalte im Jahr Wohngeld bezogen.

Infolge der geänderten Bundesgesetzgebung hat sich der Kreis der Anspruchsberechtigten stark erhöht. Um die Anträge zeitnah abzuarbeiten, wurde das Personal der Wohngeldstelle im Jahr 2023 auf mittlerweile 9 Vollzeitsachbearbeitungsstellen, und damit um 4 Stellen aufgestockt.

Diese Personalaufstockung und die sehr gute Einarbeitung der neuen Sachbearbeiter hat zu einer sehr zügigen Bearbeitung der „Neufälle“ geführt.

Sind die Antragsunterlagen vollständig, so wird von der Wohngeldstelle des städtischen Sozialamtes der Bewilligungsbescheid einen Monat nach Antragsstellung erlassen.

Das Wohngeld ist eine Leistung des Bundes und wird von diesem zu 100 % getragen. Bei der Stadt verbleiben die Personal- und Sachkosten (in der Hauptsache Raumkosten).

Obdachlosenwesen

Zahl der Einweisungsfälle nach dem Polizei- und Ordnungsbehördengesetz: 17 (2022: 22, 2021: 24, 2020: 27, 2019: 26, 2018: 20).

Es gibt eine enge Abstimmung des Allgemeinen Sozialdienstes unseres Sozialamtes mit dem Jobcenter und der Wohnungslosenhilfe der kreuznacher diakonie, um möglichst Wohnungsverluste zu vermeiden.

Der städtische Zuschuss zu den Personalkosten des Streetworkers der Diakonie beträgt 30.500 €. Auch leistet die Stadt Zuschüsse für den „Tagesaufenthalt Reling“ und die wertvolle Arbeit des Vereins „Bastgässjer“.

Der Allgemeine Sozialdienst bietet dreimal wöchentlich eine Sprechstunde für Menschen, die von drohender oder bestehender Wohnungslosigkeit betroffen sind und steht mit Rat und Tat bei Wohnungsproblemen zur Verfügung.

Allerdings können die Beratungsgespräche hierfür bei dem derzeitigen starken Aufkommen von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die untergebracht werden müssen, nicht mehr in diesem Ausmaß stattfinden. Problematisch ist auch, dass es immer schwieriger wird, preisgünstigen Wohnraum in Bad Kreuznach zu finden.

Im Stellenplan für das Jahr 2025 ist daher zwingend eine weitere Stelle für die Betreuung dieses Personenkreises erforderlich.

Haus der SeniorInnen

- weiteres Beratungsangebot: Selbsthilfegruppe Pflegende Angehörige, betreut von KISS Mainz
- Wiederbelebung des Singkreis 60 plus
- Vortrag des „Digitalen Engels“: Kontakte finden, pflegen & erweitern – digitaler Austausch
- Gründung des Netzwerkes „DigiWiKH“ – Netzwerk Digitales Wissen Bad Kreuznach Das Netzwerk hat es sich zur Aufgabe gemacht, die digitalen Bildungsangebote in Bad Kreuznach zum Thema „Digitale Teilhabe“ generationenübergreifend zu konzipieren, die Angebotspalette zu verbreitern, sie gemeinsam zu koordinieren und mehrere, sich ergänzende Veranstaltungen anzubieten.
- Neueinrichtung der Software der öffentlichen Computer im Haus der SeniorInnen; neuer ehrenamtlicher Support für die öffentlichen Rechner
- Aufzugsumbau

	2020	2021	2022	2023
Ehrenamtliche	40	11	25	22
Angebotsstunden/Woche	45	25	31,5	31
Ehrenamtsstunden/Woche	ca. 150	ca. 40	ca. 60	ca. 50
Besuche/Woche	300-350	ca. 130	150 - 200	150 - 200

Ehrenamtsbörse (Auszug aus dem Tätigkeitsbericht 2023)

21,95 % der 2023 neu registrierten Freiwilligen (9 von 40) konnten im laufenden Jahr vermittelt werden, was einen deutlichen Rückgang des Vermittlungserfolges bedeutet (51,79 % im Vorjahr).

Einerseits ist dies mit der verringerten Zahl der zur Verfügung stehenden Freiwilligen zu begründen. Weiterhin behinderten vor allem fehlende Datenangaben, fehlende Erreichbarkeit und Rückmeldungen der Freiwilligen sowie eine mangelnde Verbindlichkeit bei Onlineanmeldungen den Vermittlungserfolg.

Im laufenden Jahr wurden 105 Tätigkeitsempfehlung gegeben (Vorjahr 124). 26 Mal wurden die Tätigkeiten angenommen, teils mehrere Empfehlungen von einer Person über das Jahr verteilt.

Beiräte:

- Behindertenbeirat:
 - 3 Sitzungen
 - 2 Vorstandssitzungen
 - Gespräch mit der Geschäftsleitung KRN
 - Treffen auf dem KRN-Betriebsgelände 10.08.2023: Trainingstag mit mobilitätseingeschränkten Personen, damit Busfahrer und beeinträchtigte Fahrgäste voneinander lernen
 - gemeinsamer Arbeitskreis „Barrierefreiheit“ des Behinderten- und Seniorenbeirates: 6 Stellungnahmen, mehrere Bürgeranfragen zum Thema KRN/Busmobilität, mehrere Ortstermine
 - weitere Themen: Bahnhofssanierung BME, barrierefreier Ausbau Bushaltestellen (z.B. Bosenheim, Dessauer Straße u.a.), Fahrradständer blaue Eisdiele, Bad Kreuznach huerdenlos; Verkehrssituation an der advita Seniorenwohnanlage Haus Altes Weingut (Brückes), Barrierefreiheit von Elektroladestationen, Behindertentoiletten auf Veranstaltungen in der Stadt, Toilettensituation im neuen Fachmarktzentrum Porschestraße, Räumlichkeiten für die Volkshochschule
- Seniorenbeirat:
 - 2 Sitzungen
 - 4 Vorstandssitzungen
 - 3 Treffen Kreativwerkstatt zur Vorbereitung von Veranstaltungen / Jahrmarktteilnahme
 - 4 Veranstaltungen: Digitaler Engel, Treffen auf dem KRN-Betriebsgelände 10.08.2023, Präsentation am Seniorennachmittag Jahrmarkt, Rollatortraining
 - Teilnahme an den Sitzungen der Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz und am Jahresaustausch der Seniorenbeiräte RLP mit dem Ministerium, Landesleitstelle „Gut leben im Alter“
 - Teilnahme BAGSO Online-Konferenz: Altenhilfestrukturen, Rahmenbedingungen und Umsetzung in den Kommunen
 - Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit: Flyer, Logo, Messestand, Beachflag, Werbematerial, Postkarte mit Befragung
 - weitere Themen: Pflegestützpunktarbeit, Gemeindeschwester plus, zentrale Plattform zur Pflegebettsuche, Situation von Menschen in Pflegeeinrichtungen, Vergünstigtes 49-Euro-Ticket für Rentenempfänger, Forderung nach einem Seniorenmitwirkungsgesetz, Aufzugsumbau Haus der SeniorInnen, Eingangsgestaltung Haus der Seniorinnen, Kommunalwahl 2024
- Beirat für Migration und Integration:
 - 1 Sitzung (bei der Ahmadiyya Muslim Jamaat)

- 2 Vorstandssitzungen
- Teilnahme an den Sitzungen der AGARP (Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz)
- Infostand am Eröffnungsfest der Interkulturellen Woche

Interkulturelle Wochen vom 09.09. – 15.10.2023

- 40 teilnehmende Kooperationspartner, 2 Arbeitskreistreffen
- 29 Programmbeiträge
- Eröffnungsfest am 09.09.2023 mit 25 Ständen und Bühnenprogramm; Teilnahme ukrainischer Chor
- Radiointerview Radio Antenne

AUSBLICK:

Wirtschaftsförderung und Liegenschaften:

Gewerbeflächenerweiterung:

Nachdem in den vergangenen Jahren die der Stadt gehörenden Gewerbeflächen erfolgreich vermarktet wurden (bis auf rd. 15.000 m² die noch mit einer Straße erschlossen werden müssen), muss an die nächsten Jahrzehnte gedacht werden.

Die Abwanderung erfolgreicher Bad Kreuznacher Betriebe konnte auch aufgrund fehlender eigener Flächen nicht verhindert werden. Als weitere entscheidende Gründe für die Abwanderung wurden der Wirtschaftsförderung auch immer wieder die aus Sicht der Wirtschaft nicht optimale Verkehrsinfrastruktur genannt, ebenso die Höhe der Gewerbesteuer.

Hier befinden wir uns mit dem aktuellen Gewerbesteuerhebesatz von 420 % im oberen Bereich der Kommunen in Rheinland-Pfalz. Der durchschnittliche Hebesatz im Jahr 2023 lag bei den Kommunen in RP bei 377 %.

Die Gemeinden, die sich in den letzten Wochen und Monaten über große Ansiedlungen freuen konnten, liegen bei der Ansiedlung in der Stadt Alzey bei 385 %, bei der Ansiedlung eines Rechenzentrums eines japanischen Unternehmens in Nierstein bei 390 %.

Im Falle einer Abwanderung eines Unternehmens aus dem Stadtteil Bad Münster am Stein-Ebernburg nach Simmern, hat dieses Unternehmen nur noch einen Gewerbesteuerhebesatz von 365 % zu tragen. Hinzu kam hier die direkte Anbindung an die B 50.

Es sind also im Wesentlichen „harte Standortfaktoren“ wie vorhandene Flächen, gute Verkehrsanbindung und die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes.

Aus Sicht der Wirtschaftsförderung darf es zu keiner weiteren Anhebung der Gewerbesteuer kommen. Und wir müssen nun endlich eine neue Flächennutzungsplanung umsetzen, in der Erweiterungsflächen für Gewerbe vorgesehen wird.

Ein Abwarten auf den endgültigen Flächennutzungsplan, mit seinen natürlich notwendigen und umfassenden Festlegungen hinsichtlich Wohngebiete, Weinbau- und Ackerflächen, Grünflächen, sowie den notwendigen langwierigen Beteiligungsschritten, ist aus Sicht der Wirtschaftsförderung nicht zielführend.

Es muss vielmehr ein vorgezogenes Planverfahren im Bereich Gewerbeflächenentwicklung angestoßen werden. Nur so können wir als Stadt in die Lage versetzt werden, Flächen zeitnah aufzukaufen und in die Vermarktung zu gehen.

Nur diese beschleunigte, parallel stattfindende Fortschreibung des bestehenden Flächennutzungsplanes sichert eine weitere, notwendige Gewerbeflächenentwicklung in städtischer Hand.

Die Gespräche mit privaten Eigentümern von Gewerbeflächen gestalten sich als äußerst schwierig. Es ist nachvollziehbar, dass Private nicht an einem Verkauf an die Stadt interessiert sind. Zum einen können die Preisvorstellungen nicht erfüllt werden, zum anderen halten gerade die größeren Grundstückseigentümer Reserven für die eigene Expansion vor. Hier Flächen an andere Gewerbetreibende zu veräußern ist nicht im unternehmerischen Interesse.

Wir können als Stadt nur konzeptionell die Ansiedlung von Unternehmen steuern, und die Nachfrage an Gewerbeflächen bedienen, wenn die Stadt auch im Eigentum der Gewerbeflächen ist.

Ordnungsamt:

Gewerbe- und Gaststätten:

Es sind weitere Überprüfungen zur Einhaltung der Handwerksordnung für das Jahr 2024 geplant. Hierbei nicht nur aus dem Bereich „Friseurhandwerk“ sondern auch aus dem „Kfz-Bereich“. Es findet eine enge Abstimmung zwischen Ordnungsamt und der Handwerkskammer statt.

Die Einhaltung dieser wesentlichen Bestimmung im Handwerksrecht, die nicht nur ein Qualitätssiegel für das Handwerk darstellt, sondern gerade auch den Verbraucher schützen soll, sind zu überwachen.

Im Bereich Kommunaler Vollzugsdienst:

Es bleibt auch im Jahr 2024 eine Daueraufgabe bei der Kontrolle und Ahnung von Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung, durch Fahrradfahren auf Bürgersteigen und das Befahren der Fußgängerzone durch E-Scooter.

Einen weiteren Schwerpunkt wird die Überwachung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Cannabis-Legalisierung mit sich bringen.

Die verstärkt wahrzunehmende „Vermüllung“ der Stadt, wird auch im Jahr 2024 dem für die geordnete Abfallentsorgung zuständigen Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises und Ahnung der widerrechtlichen Abfallablagerung zuständigen Kreisverwaltung gemeldet. Hier werden wir weiterhin mit Nachdruck an einer Verbesserung der Situation arbeiten.

Schulamt:

Schulentwicklungsplan / Neue Grundschule:

Im Jahr 2024 muss es zur Ausschreibung der Architektenleistung kommen. Mit der Schulabteilung der ADD und dem Baureferat des Bildungsministeriums hat es im 1. Quartal 2024 ein Abstimmungsgespräch über die weitere Vorgehensweise gegeben.

Die Stadt möchte ein nachhaltiges Schulgebäude errichten, das den ökologischen Standards entspricht. Eine Vorgabe einer bestimmten Holzmodulbauweise begegnet allerdings vergaberechtlichen Einschränkungen.

Zwischenzeitlich muss leider an einzelnen Standorten aufgrund der steigenden Schülerzahlen weiter mit „Klassencontainern“ gearbeitet werden.

Als weiteres wichtiges „Zukunftsprojekt“ gilt die Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes – GaFöG des Bundes.

Ziel ist die Umsetzung eines Anspruches auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder. Der Anspruch soll auch in den Ferienzeiten gelten. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder soll sowohl in Horten als auch in offenen und gebundenen Ganztagschulen erfüllt werden. Diese den Jugendämtern übertragene Aufgabe soll als Gemeinschaftsaufgabe von Jugendamt und Schulamt umgesetzt werden. Mit den Fördergeldern ist die Erweiterung der Mensa an der Hofgartenschule geplant, sowie eine der Ganztagsförderung entsprechenden Erneuerung der „Klassencontaineranlage“. Hier soll eine gute Lernumgebung in Modulbauweise geschaffen werden.

Sport:

Es muss Ziel sein, in den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2025 die Kosten für die Sanierung der Laufbahn im Salinental für rd. 1,4 Mio. € zu veranschlagen. Diese Laufbahn ist von besonderer Bedeutung für den Schul- und Vereinssport in Bad Kreuznach

Das Schwimmbad Bosenheim hat eine besondere Bedeutung für den Ostteil der Stadt. Es müssen die Kosten der Sanierung und der möglichen Bezuschussung durch das Land ermittelt werden.

Sozialamt:

Flüchtlingszuweisungen:

Das „Container-Dorf“ konnte im Jahr 2023 abgewendet werden. Bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen, wird aber auch diese Art der Unterbringung für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden können.

Oberstes Ziel bleibt dennoch, die in der Vergangenheit gelungene dezentrale Unterbringung erfolgreich fortzusetzen und nach Möglichkeit, Sammelunterkünfte zu vermeiden. Dies erleichtert die Akzeptanz in der Bevölkerung und die Integration der neu aufgenommenen Flüchtlinge.

Um dies weiter zu gewährleisten, ist eine personelle Aufstockung im Bereich des Sozialen Dienstes und der Leistungs-Sachbearbeitung im Sozialamt erforderlich und wird daher in die Stellenplanung für 2025 eingebracht.

Obdachlosenwesen:

Mit dem neugewählten Vorstand der Bastgässjer e.V. gibt es einen guten Austausch, um auch weiterhin ein „niederschwelliges“ Angebot in der Stadt für diesen Personenkreis vorzuhalten. Insbesondere die engagierte Arbeit der Wohnungslosenhilfe der Stiftung Diakonie führt zur verstärkten Unterbringung von Obdachlosen in Wohnungen. Hierdurch werden wir mittelfristig die teilweise zu hohe Belegung auf dem „Bauwagenplatz“ in der Vergangenheit, auf ein gutes Maß zurückführen können.

Bad Kreuznach, 23.05.2024

Markus Schlosser
(Beigeordneter)